

KOMMENTARE

Autobahn südlich von München
Konfliktreicher Südring

Eins ist gewiss: Mit den nun vorgestellten Varianten eines Autobahn-Rings südlich von München wird der Widerstand eher zu- als abnehmen. Eine Route ohne Konfliktpotenzial, so viel weiß man jetzt, gibt es nicht. Trassenführungen, bei denen massive Proteste programmiert sind, hingegen schon. Die Zahl derjenigen, die nun die ultimative Einstellung dieses Projekts fordern, wird wachsen.

Zum Beispiel ist eine Autobahnbrücke über die Isar südlich von Grünwald in heutiger Zeit ein Aberwitz – unverständlich, warum die Planer das überhaupt in Erwägung ziehen. Oder der mit flotten Strichen gezogene zehn Kilometer lange Tunnel, nur einige hundert Meter südlich des heutigen Mittleren Rings – das Bauwerk würde die Garmischer Autobahn ohne Anschlussstelle einfach unterqueren. Mit so einer Trasse würde der Freistaat zum Gespött von Deutschland. Denn das wäre doch einmalig, dass sich zwei Autobahnen kreuzen, ohne dass man von der einen auf die andere wechseln kann. Realistisch ist am ehesten noch eine Trasse, die irgendwo zwischen Gräfelfing und Gauting beginnt und irgendwo bei Taufkirchen endet. Da kommt es jetzt auf eine faire Kosten-Nutzen-Rechnung an. Aber auch so eine Lösung wird Teile des Forstenrieder Parks und das Lebensgefühl im Münchner Süden beeinträchtigen.

Ist es das wert? Es bleiben Zweifel. Bei dieser entscheidenden Grundsatzfrage können Bauingenieure und Straßenplaner jedenfalls nur bedingt helfen. Entschieden werden muss auf politischer Ebene. Die Debatte darüber beginnt erst.



Dirk Walter
Sie erreichen den Autor unter
Dirk.Walter@merkur-online.de

Der Landtag beginnt seine Arbeit
Kein gutes Bild

Ja, es gibt den Landtag noch. Das muss man dazusagen in diesen Tagen, denn seit der Wahl Ende September ist das Parlament in der Versenkung verschwunden. Über acht Wochen dauerte es, bis sich heute die Ausschüsse formieren und der Landtag damit voll arbeitsfähig ist. In Kürze geht er leider in die Weihnachtsferien, dann kommen die Januar-Klausuren der Parteien. Erst drei, vier Monate nach der Wahl nimmt das Parlament also seine Arbeit voll auf – welch Hängepartie!

Zum Teil ist das der mühseligen Regierungsbildung in Bayern geschuldet. Für die Außenwirkung des Hohen Hauses sind 187 gelangweilt herumsitzende Abgeordnete jedoch fatal. Noch dazu, wenn sie kaum regieren, sich aber als erstes die eigenen Zuschüsse um mehrere Millionen Euro pro Jahr erhöhen. Auch hierfür gibt es passable Erklärungen; ein Parlament, das professioneller als bisher arbeiten soll, kostet eben auch mehr. Die Erhöhungen pauschal zu verteufeln, wäre falsch. Der Landtag darf nur nicht das Gesamtbild aus den Augen verlieren. Nötig ist die Erkenntnis, dass dieses Bündel an Einzelentscheidungen gerade nicht in die Zeit passt.

Das Parlament sollte sich dessen und seiner dienenden Funktion gegenüber dem Volk sehr dringend bewusst werden, ehe man weitere Großausgaben anpackt.



Christian Deutschländer
Sie erreichen den Autor unter
Christian.Deutschlaender@merkur-online.de

Flughafen Bangkok belagert
Schatten im Paradies

Und wieder einmal sind es die Touristen, die zu einem beträchtlichen Teil den Preis für die internen Machtkämpfe in Thailand bezahlen müssen. Es sind die Einnahmen aus dieser Branche, die das Land in Bewegung halten. Das freilich macht den Tourismus zugleich zu einem Hebel, mit dem sich gewaltiger Druck auf die Regierung in Bangkok ausüben lässt. Die Belagerung des Flughafens und die Lähmung des Betriebs auf der südostasiatischen Luftverkehrs-Drehscheibe dokumentieren es.

Im Zwielicht steht Thailands Regierung seit langem. Der Name der Thaksin-Familie, die bis vor kurzem den Regierungschef stellte, ist untrennbar mit Korruption, persönlicher Bereicherung, Stimmenkauf und autoritären Tendenzen – wie man sie längst überwunden glaubte – verbunden. Der noch amtierende Ministerpräsident Somchai ist ein Spross dieser Familie. Verständlich, dass viele Thai die nur mühsam installierte Demokratie in Gefahr sehen. Sollten Somchai und Co. die politische Bühne verlassen: der Verlust für das Land dürfte zu ertragen sein.

Bemerkenswert ist, dass sich das Militär, das in der Geschichte Thailands mehrfach eine entscheidende Rolle spielte, derzeit zurückhält und (noch) für Neuwahlen plädiert, um die herrschenden Probleme demokratisch zu lösen. Erstaunlich hingegen ist das Schweigen von König Bhumibol, der noch immer als „der“ Stabilitätsfaktor im Land gilt. Sein Wort könnte so manchen über dem Ferienparadies liegenden Schatten entfernen.



Werner Menner
Sie erreichen den Autor unter
Werner.Menner@merkur-online.de

KARIKATUR



Der Adventskalender

ZEICHNUNG: TOMICK

GENERALDEBATTE IM BUNDESTAG

Merkel will „Maß halten“

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat ihren auch innerhalb der Regierungskoalition umstrittenen Kurs in der Wirtschaftskrise verteidigt. Im Bundestag plädierte sie für eine „Politik des Maßes, der Mitte und der praktischen Vernunft“.

VON ULRICH SCHARLACK

Berlin – Mit ihrer Forderung nach einer Politik mit Augenmaß wehrt die Kanzlerin nicht nur die Angriffe der Opposition ab, die ihr vorwirft, zu wenig in der Krise zu tun. Auch die Forderungen nach Steuerentlastungen aus den eigenen Reihen weist Merkel damit erneut in die Schranken.

Angela Merkel ist normalerweise nur schwer zu erschüttern. Aber der Druck, der sich in den vergangenen Tagen auch aus den eigenen Reihen auf sie erhöht hat, beeinflusst auf diesem Mittwoch ihren Auftritt im Bundestag. Erstmals in dieser seit September andauernden Finanz- und Wirtschaftskrise spricht die Kanzlerin im Parlament energisch, für ihre Verhältnisse fast leidenschaftlich.

Die Kanzlerin warnt vor der „Psychologie des Kleinredens“. Sie schaut auf die Abgeordneten von CDU und CSU, von den viele für rasche Steuerentlastungen sind. „Ich rate nicht dazu“, ruft sie. Die Hände gehen immer wieder in Höhe, um die Worte zu unterstreichen. Die 50 Milliarden, die die Bundesregierung durch ihr Konjunkturprogramm an Investitionen auslösen will, seien doch „nicht



Leidenschaft im Bundestag: Die Fraktionsvorsitzenden Lafontaine (Linke), Struck (SPD), Künast (Grüne), Kauder (CDU) und Westerwelle (FDP) antworteten der Kanzlerin in der Haushaltsdebatte.

FOTO: AP

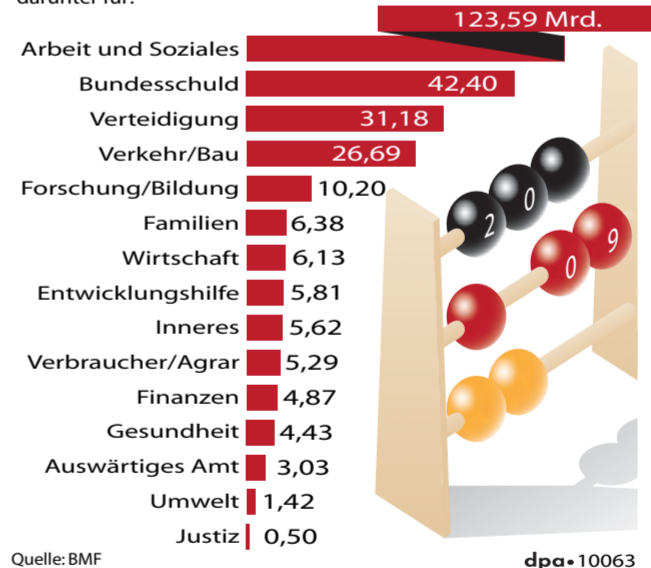
nichts“. „Ich bitte, das positiv zu vertreten.“

Merkel wählt eine dringliche Tonalität. Doch im Grunde will sie sich in dieser Generaldebatte zum Krisenretter 2009 den Wählern als der ruhende Pol mitten im Krisen-Strudel empfehlen, als die Unsicherheiten. Mag doch die EU eine Mehrwertsteuersenkung vorschlagen, sollen doch in den USA neue, unvorstellbar große Konjunkturprogramme diskutiert werden. Für sie geht es nur darum, eine für Deutschland passende Antwort zu finden.

Mehrfach wiederholt sie die Kernaussage, dass es gerade jetzt auf „Maß halten“ ankommt. Die Worte kennen noch viele Deutsche. Das klingt nach Ludwig Erhard, dem Vater des Wirtschaftswunders. Auch der hatte Mitte der 60er-

Der Bundeshaushalt 2009

nach Beschluss des Haushaltsausschusses
Gesamtausgaben: 290,0 Mrd. Euro
darunter für:



Quelle: BMF

dpa-10063

Jahre zum Maßhalten aufgerufen, als sich erstmals seit 1949 die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik eintrübte.

Die Opposition lässt kein gutes Haar an der Regierung. Oskar Lafontaine (Linke) und Renate Künast (Grüne) fordern jeweils eine Radikalisierung der Politik. Lafontaine befürwortet eine Abkehr vom angeblich neoliberalen Kurs, Künast tritt für eine aus ihrer Sicht wahre Öko-Politik ein.

FDP-Chef Guido Westerwelle bleibt es vorbehalten, sich zum Anwalt von Steuerentlastungen aufzuschwingen. Die Union werde doch „niemandem erklären können“, dass sie beim CDU-Parteitag die Steuerentlastungen für die nächste Legislaturperiode beschließen werde, dies aber in der akuten Krise nicht anpacke. Es gebe „keinen Grund zu warten“.

CSU sichert sich die Geld-Ausschüsse

Landtag: Bildung fällt an die SPD – Stewens und Goppel wollen in ihrem Fachbereich bleiben

VON CHRISTIAN DEUTSCHLÄNDER UND STEFFEN HABIT

München – Das Personalpaket ist geschnürt. Zwei Monate nach der Landtagswahl haben sich die fünf Fraktionen darauf geeinigt, wer welche Ausschüsse leiten darf. Die CSU muss mehrere der einflussreichen Posten abgeben. Im Alltag sind die zwölf Landtagsausschüsse wichtig, weil sie alle politischen Themen vorberaten und vorentscheiden. Ihren Vorsitzenden wird eine erhebliche Machtfläche zugeschrieben – vor allem, wenn sie den Regierungsparteien angehören.

Künftig ist das noch in sieben der zwölf Ausschüsse der Fall. Die CSU sicherte sich die Bereiche Haushalt (Vorsitzender wird Georg Winter),



Bernd Sibler,
Ex-Staatssekretär, wechselt
in die Hochschulpolitik

Wirtschaft (Erwin Huber), Hochschulen (Bernd Sibler), Agrar (Gerhard Eck), Europa (Ursula Männle) und Öffentlicher Dienst (Ingrid Heckner). Die FDP bekommt den Sozialausschuss, den Brigitte Meyer (Schwaben) leiten soll.

Die SPD darf trotz ihres Stimmenverlustes bei der Wahl künftig drei (bisher zwei) Ausschüsse führen: Bildung (Hans-Ulrich Pfaff-



Christian Meißner
wird Vize im Innenausschuss
– und soll Pauli klein halten

mann), Recht (Franz Schindler) und am Ende noch den bei den Abgeordneten wenig geliebten Petitionsausschuss. Hier will sich Hans Joachim Werner als eine Art „Bürgeranwalt“ präsentieren. Der Freisinger Grünen-Politiker Christian Magerl führt den Umwelt-Ausschuss. Der profilierte Startbahn-Gegner bekommt nun eine exponierte Position im Landtag.

PRESSESTIMMEN

Zu Clements SPD-Austritt
Das hätte sich SPD-Chef Franz Müntefering dann doch sparen sollen: Krokodilstränen für Wolfgang Clement. Als ob einer in der SPD ihm in Wahrheit nachweint. Einem der größten Egomane, den die Partei je hervorgebracht hat. Einem, der immer Recht behalten musste und deshalb das letzte Wort.

WETZLARER NEUE ZEITUNG
Anstatt für Alternativen in der Partei zu streiten, hat sich Clement für einen Rückzug entschieden, der mehr nach gekränktem Ego als nach unüberbrückbaren inhaltlichen Differenzen aussieht. Schade, so hat er diejenigen in der Partei, die seine Ansichten teilen, eher geschwächt als gestärkt. Ein kritischer Geist wie er würde der Partei weiter gut bekommen.

OFFENBACH-POST

Die SPD hat einen unliebsamen Genossen weniger in ihren Reihen, aber ein Glaubwürdigkeitsproblem mehr. Dem Wähler dürfte nur schwer zu vermitteln sein, warum die SPD als Volkspartei auf Pluralismus verzichtet.

LANDESZEITUNG LÜNEBURG

Zu Obamas Kabinett
Als kommender Präsident der USA scharf Barack Obama ein Kabinett um sich, das große politische Erfahrung mit Expertise und frischem Wind mischt. Dieser Mix löst zwar Obamas allzu großspuriges Wahlversprechen nicht ein, mit ganz neuen Kräften in eine neue Zeit aufzubrechen. Aber er scheint den Aufgaben angemessen, vor denen die rund 8000 zu ernennenden Regierungsmitglieder und -mitarbeiter stehen.

NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG